

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Pf., unter Nummer 10 Pf. — Anzeigenpreise: Die 10 Spaltenzeile in der ersten Spalte über dem Raum 12 Pf., in der zweiten 10 Pf., in der dritten 8 Pf., in der vierten 6 Pf., in der fünften 4 Pf., in der sechsten 3 Pf., in der siebten 2 Pf., in der achten 1 Pf., in der neunten 1 Pf., in der zehnten 1 Pf.

Mit den Gratisbeilagen: „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Genossenschaftler“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abonnementpreise: Ein Jahr 30 Pf., sechs Monate 18 Pf., drei Monate 10 Pf., ein Monat 3 Pf. — Einzelhefte 10 Pf. — Anzeigenpreise: Die 10 Spaltenzeile in der ersten Spalte über dem Raum 12 Pf., in der zweiten 10 Pf., in der dritten 8 Pf., in der vierten 6 Pf., in der fünften 4 Pf., in der sechsten 3 Pf., in der siebten 2 Pf., in der achten 1 Pf., in der neunten 1 Pf., in der zehnten 1 Pf.

Der deutsch-russische Handelsvertrag angenommen

(Eig. Drahtf.) Berlin, 2. Dezember.

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie haben eine neue Note gefunden. Bei der Besprechung des deutsch-russischen Handelsvertrages im Reichstag traten sie für die Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland, für seine Auslieferung an den ausländischen Imperialismus ein. Denn nichts anderes ist es, wenn der Redner der Sozialdemokratie, der berühmte Sozialisierungsheld und Planwirtschaftler Wiffel gegen das russische Außenhandelsmonopol und für Wiederherstellung der „Demokratie“ wettert. Die deutschen Kapitalisten haben den Handelsvertrag mit Rußland wahrlich nicht mit freudigem Herzen abgeschlossen. Die Geschäfte mit dem „grundlegend verschiedenen Wirtschaftssystem“ Sowjetrußlands sind nicht durchaus nach ihrem Geschmack. Und wie beim Feilschen auf der Mitleider-Börse der geriebene Erdbier seinen „Miesmacher“ herbeiholt, der die Aufgabe hat, die angebotene Ware recht schlecht zu machen, damit sein Auftraggeber einen möglichst niedrigen Preis dafür zu bezahlen hat, so hat die deutsche Bourgeoisie sich beim Bestreben, noch einige Vorteile in Sowjetrußland herauszuschlagen, sich Herrn Wiffel verpflichtet. Ein passender Abschluß seiner bisherigen politischen Tätigkeit.

Nicht einmal der Demokrat Kaas, der freilich Gelegenheit genommen hat, sich mit eigenen Augen von den Verhältnissen in Sowjetrußland zu überzeugen, konnte Wiffels Rede un widersprochen lassen. Es war nicht schwer, zu erraten, wenn er mit den falschen Propheten meinen konnte, die dauernd geunnt hatten, Sowjetrußlands Zusammenbruch sei eine Frage von Monaten.

Genosse Stöcker hat die Verleumder Sowjetrußlands deutlicher gekennzeichnet und — ihnen zur Unzeit — einige denkwürdige Aussprüche wiedergegeben.

Sitzungsbericht

Herr Stresemann hat heute Wichtigeres zu tun: er muß den Anterufungspakt der deutschen Bourgeoisie in London feierlich bekräftigen. Den deutsch-russischen Handelsvertrag, der nur dem wirtschaftlichen Zwang gehorchend abzuschließen wurde, begründet ein Missverständnis Wallroth. In seiner Darstellung des tatsächlichen Vertragsinhalts betont er die durch die grundlegenden Verschiedenheit der beiden Wirtschaftssysteme bedingten Schwierigkeiten bei den Vertragsverhandlungen. Seine grundsätzliche Wiederholung in russischen Wirtschaftssystemen konnte nicht erreicht werden. Der Handelsvertrag habe ohne irgendein Vorbild geschaffen werden müssen und sei nun ein erster Schritt bei der Suche nach neuen Formen.

In einer trotz aller bisherigen Erfahrungen fast überraschenden, selten unparteiischen Weise macht sich der Sozialdemokrat Wiffel zum Sprachrohr der deutschen Kapitalisten nach Freigabe der Ausbeutung in Rußland. Es sei zu hoffen, daß Sowjetrußland den deutschen Wünschen aufmerksamer begegne und deutsche Bürger nicht mehr belästige. Man dürfe nicht allzu große Hoffnungen darauf setzen, daß unsere wirtschaftliche Not durch den Vertrag wirksam gelindert würde; diese beratige Illusionen seien schon geplatzt. Die Sozialdemokraten wünschten in Frieden und Freundschaft mit dem russischen Volk zu leben. Mehr sei aber auch vom Uebel. Rußland sei keineswegs das Zentrum des Weltsozialismus. Der Gegensatz zwischen England und Rußland sei nicht der von Kapitalismus oder Sozialismus, sondern der des englischen und russischen Imperialismus. Mit ungläublichem Zynismus beschimpft Wiffel das russische Volk, indem er das Auftreten Rußlands als Bestreben der unterdrückten Völker zu vergleichen wagt mit der Abenteuerpolitik des wilhelmschen Imperialismus, der auch vorgegeben habe, die Blumen und russischen Randvölker zu befechten.

Das Außenhandelsmonopol sei eine Waffe, die mit der Kraft der russischen Wirtschaft nicht in Einklang stehe. Die im Vertrag vorgesehene Meistbegünstigung verleihe in Rußland jeden Sinn, da man die russische Regierung nicht zwingen könne, in Deutschland zu kaufen, wenn sich das ungünstig für russische Wirtschaft auswirke. Das Zugeständnis der Konsignationslager sei ebenfalls nur ein Versprechen; und besonders schlagend sei das Weiterbestehen des Geheimes über Wirtschaftsspionage, das verhindere, daß der deutsche Exporteur in Rußland seinen eigenen „Vollgenossen“ Aufschlüsse über Rußlands Wirtschaft gebe.

Der Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Rede und der des internationalen Syndikus Dr. Reichert ist nicht groß. Auch er gesteht, daß Deutschlands Wirtschaft der Osten braucht, auch der jammert über die enge Begrenzung der deutschen Unternehmer in Rußland; das Geheime über die Wirtschaftsspionage ist schon ein Dorn im Auge. An deutschem Entgegenkommen habe es nicht gefehlt. Die Zugeständnisse über die Gr-

territorialität der Handelsvertretung sind groß, die Regierung müsse darüber wachen, daß sie nicht wieder bolschewistische Agitation betreibe.

Genosse Stöcker

(Bessen Rede wir morgen ausführlich wiedergeben), weist darauf hin, daß zu derselben Zeit, wo wir diesen Vertrag erlöbigen sollen, Deutschland sich endgültig in die Ketten des englischen Imperialismus spannen läßt. Chamberlains Erklärung, er denke nicht an ein Vorgehen gegen Rußland, ist genau so zu bewerten wie die Friedensheucheleien Englands von 1914, als ziele es nur der belgischen Neutralität wegen in den Krieg.

Genosse Stöcker schildert darauf den ungeheuren Aufschwung, den die russische Wirtschaft nimmt, während die deutsche Wirtschaft immer mehr zurückgeht. Die wirtschaftliche

Unterzeichnet!

Das Theater in London

(Eig. Drahtf.) Berlin, 2. Dezember.

Die „feierliche“ Unterzeichnung des Locarno-Paktes hat stattgefunden. Die bürgerlichen Pressebüros bringen ausführliche Nachrichten darüber. Teilnehmer der „historischen Stunde“ waren: Baldwin und Chamberlain, Briand und Vandervelde, Luther und Stresemann, Benesch und Styrzbeil. Chamberlain hielt zur Einleitung, nachdem er eine nichtsagende Botschaft des englischen Königs verlesen hatte, eine Rede, in der er ausführte, daß „noch viel getan werden“ müsse. Nach ihm sprach Luther, der besonders die notwendige Klärung der besetzten Gebiete erwähnt. Dann fand die Unterzeichnung statt, worüber die bürgerlichen Blätter ausführlich berichten und sogar die Feder beschreiben, die von den einzelnen benutzt worden sind. Die Originalurkunde des Vertrages von Locarno, der offiziell „Vertrag der gegenseitigen Garantien“ heißt, wird dem Völkerverbund zur Aufbewahrung übergeben werden.

Gelendung Rußlands ist aus eigener Kraft erfolgt, nicht mit Hilfe ausländischen Kapitals, sondern im Gegenteil gegen den Widerstand fast des gesamten ausländischen Kapitalismus. Die Entwicklung gelang nur dank der sozialistischen Planwirtschaft der Sowjetregierung, auf Grund der Machtstellung der Arbeiter und Bauern, die sich nicht bloß mit Sozialisierungskommissionen begnügten.

Herr Wiffel hat heute den Vertrag aufs wärmste begrüßt, dann hinterher eine Rede gehalten, wie ich sie selbst von einem Sozialdemokraten nicht erwartet hätte. Die russische Regierung denkt gar nicht daran, das Außenhandelsmonopol, die Grundlage ihrer Existenz, zu befechten, wie es die deutsche Sozialdemokratie wünscht, sonst würde Rußland in die Gewalt des englischen und amerikanischen Kapitals geraten.

Die Bestimmungen des Vertrages gegen die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus Rußland sind nur geeignet, den Verkehr beider Staaten zum Nachteil der deutschen Arbeiter, Angestellten und Bauern zu erschweren. Leider mußte die Sowjetregierung hier Zugeständnisse machen, weil Deutschland in diesem Punkte mit Rücksicht auf die Großgarantien unerbittlich war.

Die Kommunistische Partei wird alles tun, um die Handelsbedingungen aus dem kapitalistischen Deutschland mit Rußland zu fördern, weil dies im Sinne und im Interesse der deutschen Arbeiterklasse liegt. Wir sagen aber der deutschen Arbeiterklasse gleichmäßig, daß ein solches Bündnis und ein enges wirtschaftliches Verhältnis erst zustande kommen kann, wenn die wilhelmsche proletarische Demokratie in Deutschland herrscht. (Genossenschaftler Beifall bei den Kommunisten!)

Der Demokrat Kaas betont, es werde auf sein, wenn man sich in Deutschland auch in anders angelegten Kreisen mit dem russischen Außenhandelsmonopol abfinde.

Zu einer kleinen Sensation kommt es, als Dr. Wirth (als letzter Redner, da er der Fraktion des Zentrums nicht mehr angehört) sich in äußerst scharfen Worten gegen die Rechte wendet, welche die Politik von Kapollis laboriert. Es sei eine Fronte der Weltgeschichte, daß eine rechtsorientierte Regierung nicht nur den Weg nach Locarno gegangen ist, sondern diese Politik bis zum letzten Federstrich mitgemacht hat. — Nach Abschluß der Diskussion wird der Gegenstand darauf dem Auswärtigen und dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Dann fand die Beratung des deutsch-russischen Handelsvertrages statt, den ein kommunistischer Redner ablehnte, da durch ihn die Passivität der deutschen Handels-

Nach der Wahl

Alle Wahlen der letzten Zeit in Deutschland wie in anderen Ländern, haben mit unverkennbarer Deutlichkeit Zeugnis abgelegt von einer neuen, weite proletarische Aktivität, von einem neuen Vormarsch der Arbeiterbewegung. Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei, die Parlamentswahlen in Lettland und in der Schweiz, die Landtagswahlen in Baden, Gemeindevahlen in Mecklenburg, und vor allem die Berliner Stadtverordnetenwahlen, — überall zeigt sich der Rückgang links in den Massen des werktätigen Volkes, überall der Vormarsch der Kommunisten. Die Wahlen des gestrigen Sonntags zu den Provinziallandtagen und Kreistagen in ganz Preußen fügen der Reihe dieser kommunistischen Siege ein neues Glied zu.

Gerade bei diesen Wahlen hatten die Kommunisten mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Immer wieder, diesmal seit dem vergangenen Frühjahr, wurden die Wähler mobilisiert. Es konnte also nicht wundernehmen, wenn nunmehr eine gewisse Wahlmüdigkeit gerade innerhalb mancher Schichten der werktätigen Bevölkerung Platz griff. Und die Bourgeoisie, die innerhalb der letzten anderthalb Jahre so oft Wahlversprechungen ausposaunt und ebensooft alle ihre Versprechungen schamlos gebrochen hatte, ließ jetzt gerade deshalb auf diese Wahlmüdigkeit der Wähler, letzte alles daran, um mit dem Schwindel, diesmal ginge es gar nicht um eine politische Entscheidung, diesmal ständen nur ganz harmlose, unpolitische Fragen zur Entscheidung, das Interesse der Werktätigen an den gestrigen Wahlen politisch einzuschläfern. Schon auf Grund der bisher vorliegenden Teilergebnisse läßt sich mit Sicherheit feststellen, daß diese Manöver, diese Trübsalerei der Bourgeoisie vor einer Abrechnung mit ihrer Politik erfolglos gewesen sind. Zwar sind die Ziffern der Wahlbeteiligung sehr niedrig, diejenigen aber, die gestern wählen haben offenbar den Schwindel von den „unpolitischen“ Wahlen durchschaut und haben Abrechnung gehalten.

Abzurechnen galt es mit jener Westpolitik der deutschen Bourgeoisie, deren ganzes Streben auf ein Bündnis mit der Ententebourgeoisie zum Schutze ihrer eigenen Klassenherrschaft gegenüber den deutschen Werktätigen gerichtet ist. Mit jener Westpolitik der Dawestrategie, die die deutsche Bourgeoisie durch Zoll- und Steuerraub aus den Massen der deutschen Werktätigen aufzubringen sucht. Mit jener Westpolitik, deren Krönung der Locarno-Pakt ist. Verschärfung Deutschlands als Aufmarschgebiet für den Ententeimperialismus gegen die Sowjetunion, Verschärfung der deutschen Proleten als Kampfmittel für den wilhelmschen Militarismus, Verschärfung der deutschen Arbeiterfrauen für eine neue Rüstungsindustrie des kommenden Krieges im Dienste des Ententeimperialismus. Dieser Politik hat die deutsche Bourgeoisie im Reichstag endgültig ihre Stimme gegeben, im Namen dieser Politik trat die Herren Luther und Stresemann gestern ihre Reise zur Unterzeichnung des Locarno-Paktes in London an. Welche Meinung die Massen des werktätigen Volkes über diese Politik haben, das zeigen die Wahlergebnisse vom Sonntag, die die proletarischen Wähler in Stadt und Land den Locarno-Ministern mit auf den Weg gegeben haben.

Das Ergebnis der Wahlen: Rückgang der Wahlbeteiligung, der sich in Stimmenverlusten aller Parteien auswirkte; nur die Kommunisten haben sich trotz der kleinsten Wahlbeteiligung überall gehalten, ja noch hinzugewonnen. Dieses Bild ergibt sich auf Grund der bisher vorliegenden Resultate. Es steht zu erwarten, daß die ausstehenden Zahlen es ergänzen und erweitern werden. Ganz besonders haben die Kommunisten in den industriellen Bezirken Brandenburgs, die Frankfurt a. d. O. oder im Provinzial abgekauft, wo die SPD. gescheitert wurde, während wir unsere Stimmen gegenüber den vergangenen Wahlen verdoppeln und verdreifachen konnten. In Pommern zeigt sich ein Anwachsen der kommunistischen Stimmen um etwa 30 Prozent, während die SPD. hier wie überall verloren hat. Abrechnung der bürgerlich-sozialdemokratischen Dames- und Locarno-Politik, Ablehnung auch der deutschen nationalen Vertragsmanöver, Bekenntnis zum Klassenkampf, zum Kommunismus — das ist die Entscheidung der arbeitenden Bevölkerung.

Und nun? Es ist ja selbstverständlich, daß jene verbrecherische Ausplünderungspolitik der deutschen Bourgeoisie gegenüber den Werktätigen, wie sie im Reichstag mit Zoll- und Steuerraub und Aufwertungschwindeln getrieben wurde, genau ebenso sich in den Kreis- und Provinzialparlamenten auswirkt. Ein kleines Beispiel für den unblutigen Zusammenhang der großen Politik mit der Kleinarbeit dieser Parlamente gab der Finanzausgleich der Sibirien-Luther-Regierung, mit dem sie die Länder und Gemeinden in ihrer Beteiligung an den Einnahmen des Reiches um 5—600 Millionen brüskelt, was sich zwangsläufig in einer Tendenz zur Verabschiebung der Fürsorge- und Wohlfahrtsausgaben auswirken muß. Und gerade auf diesem Gebiet liegen ja die wesentlichsten Aufgaben der gewählten Kreis- und Provinzialparlamente. Aber auch alle anderen Probleme, die in ihren Tätigkeitsbereich fallen, die Wohnungsfragen, das Krankenhaus- und das Verkehrsproblem, die Verwaltung usw. werfen unbedingt die scharfen und unerbittlichen Gegenstände zwischen den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Politik der herrschenden Klasse auf.

Es ist bei allen diesen Fragen in den neugewählten Institutionen einen unerbittlichen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung...

Und die SPD? Auf welcher Seite wird sie in diesem Kampf stehen? Die SPD-Führerschaft hat durch ihre Ablehnung...

Sache dieser sozialdemokratischen Arbeiter ist es jetzt, ihre Vertreter in den neugewählten Kreis- und Provinzialparlamenten aus der bisherigen Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie an die Seite der Kommunisten zu ziehen...

Die gleiche Politik ist notwendig im Interesse der Werktätigen in den Kreisen und Provinzen. Die sozialdemokratischen Arbeiter können diese Politik durchsetzen.

Wir Kommunisten bieten ihnen die Hand!

Vorläufiges amtliches Wahlergebnis in Niederschlesien

Dresden, 2. Dezember.

Die ständische Behandlung der Öffentlichkeit durch den Wahlkommissioner in Niederschlesien hat immerhin einen Reiz erzeugt...

Table with 5 columns: Partei, Bezirk, Stimmen, Zusammen, Sitze. Lists results for various parties like Sozialdemokraten, Deutschnat. P.-P., Zentrum, etc.

Obwohl die kommunistischen und sozialdemokratischen Kräfte zur Erwerbslosenfrage seit dem 23. November die Reichstagsausschüsse beschäftigen...

Im Meidener Prozess wurde der Geschäftsbote Wolf zum Tode, der Oberleutnant Studen zu 6 Jahren Zuchthaus, der Leutnant Brandt und die Kohlhäcker Peters und Rübner zu mehreren Gefängnisstrafen verurteilt.

Gestern sind aus Köln noch ganze 200 englische Soldaten abgezogen.

Im englischen Unterhause stellte die Arbeiterpartei einen Misstrauensantrag gegen die Regierung wegen der kommunistischen Verfolgungen.

Der neue französische Finanzminister Doumer erklärte, daß er, obwohl er ein Gegner der Inflation sei, eine Inflation von 6 1/2 Milliarden Francs beantragen werde.

Schrammel, der Führer der katholischen tschechischen Partei will ein parlamentarisches Kabinett, gemeinsam mit den deutschen Christlichsozialen und den Agrariern bilden.

Der Matteotti-Prozess ist erneut vertagt worden, was praktisch wohl den völligen Freispruch der Mörder vorbereiten soll.

Der Jidin hat bereits mehr als 50 Prozent der Goldparität verloren. Er erreichte in Neugork seinen tiefsten Stand mit 114.

In einer Rede erklärte Genosse Kamenew, daß zwischen Genossen Trotski und dem ZK der KP. seit langem keine Meinungsverschiedenheiten seien.

Nur eine Scheidemission Luther!

(Sig. Drapth.) Berlin, 2. Dezember.

Demission des Kabinetts einreichen. Wie der deutschnationale Demission des Kabinetts einreichen. Wie der deutschnationale "Tag" (Nachausgabe) aus sicherer Quelle erfahren haben will...

Gelangene für das Parteimotob'et

Der wegen seiner Beteiligung am Hamburger Aufstand von der Klassenjustiz zum Tode verurteilte und dann zu zehn Jahren Zuchthaus begnadigte Genosse Thorell überließ der Partei 110 Mark als Beitrag für das Parteimotob'et.

tion festgelegt worden. Es wird sogar davon gesprochen, daß unter der Reichsregierung Dührers diese Koalition zustande kommen könnte.

Klassenjustiz gegen Sozialdemokraten

Die Justiz war von jeher eine scharfe Waffe der herrschenden Klasse und ihrer Bestrebungen im Kampfe gegen die Arbeiterklasse.

Jetzt kehrt die Klassenjustiz ihren Schlag auch gegen die Sozialdemokraten aus. Die Waffe, die von sozialdemokratischen Führern geschliffen wurde, trifft die eigenen Reihen.

Am 6. Mai 1925 wurde der Landtagsabgeordnete und sozialdemokratische Redakteur Dr. Schumacher wegen Verleumdung des deutschnationalen württembergischen Staatsbankpräsidenten Gajlle zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 5. Mai wurden in Weimar sechs sozialdemokratische Arbeiter wegen Zusammenstoß mit Faschisten zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu zwei Monaten verurteilt.

In Kassel erhielten am 15. Juli zehn sozialdemokratische Arbeiter wegen eines von Stahlhelmlieutenern provozierten Zusammenstoßes 61 Monate Gefängnis.

Das Schöffengericht in Bernburg verurteilte Mitte Juli zwei sozialdemokratische und einen kommunistischen Arbeiter wegen angeblichen Mordes auf ein fahriges Auto zu 12 Monaten Gefängnis.

Am 11. Juli erhielten fünf Arbeiter, darunter drei Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-rot-gold wegen eines Zusammenstoßes mit Stahlhelmlieutenern 42 Monate Gefängnis.

Dem Schöffengericht in Eger wurden 21 Angehörige des Reichsbanners Schwarz-rot-gold am 18. Juli wegen eines Zusammenstoßes mit faschistischen Mitgliedern der Feuerwehr unter Anklage gestellt und 13 wurden wegen Verstoßes gegen die Ordnung zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahr und Geldstrafen in der Höhe von 200 bis 400 Mark verurteilt.

Am 10. August erhielt in Berlin ein Mitglied des Reichsbanners Schwarz-rot-gold 30 M. Gefängnis, weil es bei einem Zusammenstoß mit Faschisten einen Schupmann den Hals mit der Faust getroffen hatte.

Der sozialdemokratische Redakteur Denger vom "Zeiter Volksboten" erhielt am 10. September wegen Verleumdung und Beschimpfung der Kirche sechs Wochen Gefängnis.

In dem großen Prozeß gegen das Reichsbanner in Oreschmühlchen wurden am 13. Oktober 16 Angeklagte zu sieben Jahren elf Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Reichsbannermann, der zu den Faschisten übergetreten war, wurde freigesprochen.

Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Worch aus Bangerwiesen in Thüringen wurde am 20. November in Rudolstadt zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, weil er im Oktober 1923 gegen die an der Thüringisch-bayerischen Grenze versammelten faschistischen Studenten Stellung genommen hatte.

Der Oberste der Klassenjustiz muß von der gesamten Arbeiterklasse Gehör geboten werden. Gerade die sozialdemokratische Arbeiterklasse muß aus ihrer Passivität erwachen und gemeinsam mit der Roten Hilfe-Organisation in den Gewerkschaften und Betrieben für die Forderung der Vollamnestie eintreten!

11 Jahre Zuchthaus für 2 Arbeiter

Am 27. d. M. verurteilte der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik den hannoverschen Outbankstellten Klübe zu 6 Jahren Zuchthaus und den Arbeiter Klingeleff zu 5 Jahren Zuchthaus.

Während des ganzen Prozesses konnte der Reichsanwalt nur das ungläubigste Spitzmaterial und phantastische Märchen von Agents provocateurs ins Feld führen.

Die archaische Standgerichts verhängte ohne Beweise die Zuchthausurteile auf Grund der berüchtigten Sprengstoffparagrafen. Das gegen zwei Angeklagte elf Jahre Zuchthaus ausgedrückt werden, hängt offenbar mit dem Bestreben zusammen, die öffentliche Aufmerksamkeit vom Bremer Mordprozeß in Mecklenburg abzulenken.

In Schwerin wird gegen die württembergischen Mordbänder hinter geschlossenen Türen verhandelt, damit diese Bänder gelichtet werden und damit die Öffentlichkeit nicht erfährt, wie sehr es berechtigt und notwendig war, gegen diese monarchistischen Bänder zu rufen.

Wohn Mühs zu Mühs...

Roman einer Frau Von Anna Meyenberg - Der Malik-Verlag, Berlin

"Das ist die Mut," sagte ich, "daß ich ihr nicht gleich alle meine Angelegenheiten auf die Knie gebunden habe und Georg nicht kommen ließ, um ihn ihr vorzustellen. Aber ich war froh, daß ich so still für mich geduldet bin. Sie hat ja doch nie als Schwester an mir gehandelt, denn was ich je bei ihr gegessen habe, mußte ich bezahlen und bei der Kindtaufe war es dasselbe. Da hat sie mir das Geld direkt abgefordert. Ich hätte es gewiß nicht umsonst verlangt und hätte es auf irgendeine Weise wieder recht gemacht, nur hätte ich so gerne einmal das Gefühl gehabt, ich habe Verwandte - ich habe auch außer Georg noch Menschen, die mich lieb haben. Aber wie eine Fremde mußte ich bezahlen - auch damals mit der Spieluhr - hätte sie mir das nur damals durch die Finger gelassen, ich hätte es ihr im Leben nicht wieder vergessen. Und sie hätte es nicht gebraucht, denn Max hat doch ein schönes Geld mit in die Ehe gebracht. Wie kann eine Schwester nur so mißgünstig sein, daß sie mir nicht das bisschen Glück gönnt, wenn der Mann treu zu mir fällt. Ich habe ihr auch nicht das Kind in Pflege gegeben."

sechs Stunden und wenn sie es kann, nimmt sie Arbeit ins Haus. Sie muß doch immer etwas mitverdienen, sonst kommen sie ja auch auf keinen grünen Zweig. Was soll denn werden, wenn mal eine Krank wird, da muß doch auch ein Haargroschen da sein... "Aber ich dachte doch, die Zimmerleute verdienen so gut?" "Ja, gut - was sind denn einundzwanzig Mark die Woche. Wenn Marie nicht immer noch in die Fabrik gegangen wäre, hätten sie nicht mal davon leben können. Und bei andern ist es noch schlimmer, wie für Karl, denn der braucht keine Zeit für verlieren, wenn Schloßes Wetter ist. Der ist bei Mejmel so gut angekleidet, weil er doch schon seit seiner Vejrzeit dort arbeitet. Den haben sie gleich wieder eingestellt, wie er vom Militär frei kam. Wir wundern uns oft, wie die Familien nur leben, die viele Kinder haben und nur so'n kleinen Verdienst. Karl ist es auch müde, daß Marie immer noch aus dem Hause gehen soll, darum lernt sie jetzt das Weihnähen, da kann sie doch wenigstens zu Hause sein."

"Und warum nicht?" "Weil ich es meinem Verlobten versprochen habe. Er ist hoher Beamter und möchte nicht, daß er vom Gericht aus befreit würde. Er sorgt für das Kind auch ohne dies." "So? Wissen Sie das so genau? Und wissen Sie auch, daß Sie damit dem Kinde schaden können? Wie, wenn Ihnen einmal was passieren sollte und der Vater kümmert sich dann nicht um das Kind oder, wenn der Mann Sie später nicht heiratet und sich weigert, für das Kind zu sorgen?" "O, dazu wird es nie kommen, da kenne ich meinen Verlobten zu gut." "Fräulein, ich spreche zu Ihnen als ein erfahrener Mann. Sie kennen das Leben noch nicht, schützen Sie sich und Ihr Kind."

(Fortsetzung folgt)

= Aus dem schlesischen Wirtschaftsleben =

Zunehmende Wirtschaftskrise

Konkurrenz, Zusammenbrüche und wachsende Arbeitslosigkeit

Die jetzige Krise, die die ganze deutsche Wirtschaft bis auf die Spitze erschüttert und erschüttert, ohne daß sich bisher auch nur der geringste Hoffnungsstrahl einer sich bessernden Konjunktur zeigt, ist vor allem eine Folge der unersättlichen Kreditnot.

Bekanntlich haben während der Inflationszeit die deutschen Kapitalisten sich von den Banken und vor allem von der Reichsbank Kredite genommen, wobei sie nur gegenwärtig bekommen konnten. Und als der Moment gekommen war, wo sogar Kapitalisten der internationalen Imperien von Heinrich Heine-Mensch bezahlte seine Schulden, bedrängten mußten, da erschienen sie freudstachelnd vor den Kassenscheitern der Banken, in den Händen einige wertlose Papiere haltend. Das empfangene Geld aber hatten sie, wie man damals sagt, zur „Blutkur in die Sachwerte“ benutzt, indem sie ohne Ansehen der Person und Sache wahl- und unwillkürlich nach der Mantel des politischen Juden, der alle Besenbürger und Sozialisten gleich einschleudert, alles aufkauften, was irgendwo „werbend“ war. Die Betriebe der kleinen Industriezweige, die durch die Geldentwertung unter die Räder kamen, wurden vor ihnen in Häufchen und Bogen zusammengekauft, neue Fabriken wurden aus dem Boden gestampft und die Maschinen erneuert und erweitert. Damit entstand eine industrielle Hochkonjunktur, in der die Schöpfung nicht aufhören zu können und in der Tag für Tag die großen Massen der Arbeiterkraft von den Fabrikatoren ausgehoben wurden, die sich die Arbeiterkräfte zusammenkauften. Die Warenmassen aber, die da produziert wurden, wurden nicht an umschleudert zur Abflachtung zu führen, sondern sie ergossen sich über die Grenzen; denn die deutsche Industrie hatte einen sehr großen Auslandsmarkt zu ihrer Verfügung, bedeutete die Inflation doch direkt eine Ausfuhrprämie.

Weiter ist nun nicht alles Gold, was glänzt. War sonst die industrielle Hochkonjunktur gleichbedeutend mit dem Steigen der Löhne und der Verbesserung der Arbeiterkraft, so wurde diesmal mit der wachsenden Inflation die Verelendung aber auch Umbrüderung der Arbeiterkraft und des Kleinbürgertums so an, daß die ganze Existenz des Kapitalismus in Frage gestellt wurde. Und nur, um nicht vor der revolutionären Welle hinweggeschwemmt zu werden, mußte tränenreicher Augen die deutsche Bourgeoisie die Inflation abstopfen. Mit dem Augenblicke nun, als wieder stabiles Geld eingeführt wurde, das nicht künstlich durch die Notenpresse vermehrt werden konnte, fehlte der deutschen Bourgeoisie das nötige flüssige Kapital, um die machtvoll ausgedehnten Betriebe in Gang zu halten. Der Zustrom an flüssigem Kapital von Seiten der Banken mußte jetzt auch versiegen; denn diese besaßen selber keine flüssigen Mittel, und wenn, dann in geringen Umfang, und nur in Schmelz gibt mehr, als er hat. Die amerikanischen Kredite, die über die deutschen Großbanken der Industrie, Handel und Landwirtschaft ausflossen (mit Devisenanteile etwa 3-3 1/2 Milliarden RM.), lösten bisher die Kreditnot nicht, zumal da sie oft in unproduktiver Weise verschleudert wurden. Außerdem war mit dem Aufhören der Inflation Schluß mit der Herrschaft des Valuladumpings, der Schuldentendenz gemacht worden, so daß das Problem der Absatzmärkte wieder für das Kapital eine brennende Frage wurde.

Die Folge ist die augenblickliche Wirtschaftskrise, jene „Britische Krise des Kapitalismus“, von der bürgerliche Ökonomen befürchten, daß sie zu einer Katastrophe führen könne, nicht, weil alte guten Dinge nur drei sind, sondern, weil diese Männer, die auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise stehen, vorläufig noch keinen gangbaren Ausweg aus der Krise zu sehen vermögen. Wie Marxisten sind allerdings der Meinung, daß es im Kapitalismus keine „Krise in Permanenz“ gibt, die den Zusammenbruch führt, und diejenigen, die auf einen mechanischen Zusammenbruch des Kapitalismus spekulieren, haben ihre Rechnung auf eine falsche Karte gesetzt. Lenin hat uns vielmehr gelehrt, daß der Kapitalismus sich aus jeder ökonomischen Krise herausziehen vermag, solange ihn das Proletariat nicht durch seine revolutionäre Erhebung stürzt.

Wenn die führenden deutschen Industriellen für Locarno eingetreten sind, so scheint eben dieser Gedanke bei ihnen maßgebend gewesen zu sein, daß nach dem Eintritt einer außenpolitischen Stabilisierung in Westeuropa sich der amerikanische Geldbeizel leichter öffnen werde, und damit die Krise gelindert, wenn nicht überwunden werden könne.

Das deutsche Proletariat jedoch hat kein Interesse an einer Verbesserung und dem Ausverkauf der deutschen Wirtschaft, die bei der Verzerrung großer ausländischer Kredite eintreten würde; es wendet sich gleichzeitig gegen die Kreditpolitik der bürgerlichen Republik, die mit der auf Kosten der Werktätigen größten Steuervermehrung ermöglicht den großen Konzernen befristete Verträge erst, die deutsche Arbeiterklasse als nächste unmittelbare Maßnahmen folgende Forderungen:

1. Zentralisation aller Banken und Staatkontrolle über alle ihre Geschäftsoperationen, vor allem genaue Kreditkontrolle.
2. Zwangsablieferung der gesamten deutschen Industrie, des Handels und der Landwirtschaft Staatkontrolle, ausgeübt durch die Betriebsräte.
3. Abschaffung der Einkommensteuer und der Verbrauchsteuer, und damit Erweiterung des inneren Marktes für die deutsche Industrie.
4. Politisches und wirtschaftliches Bündnis mit der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und damit Erweiterung des äußeren Marktes für die deutsche Industrie.
5. Vereinigung der Landwirtschaft zu Konsum- und Produktionsgenossenschaften und Zusammenfassung der städtischen Bevölkerung zu Konsumgenossenschaften, die den deutschen Konsum kontrollieren.

Obige Maßnahmen liegen unbedingt im Interesse der weitesten Schichten des deutschen Volkes, des Proletariats, der kleinen und mittleren Bauernschaft, und des Kleinbürgertums.

Ihre Verwirklichung setzt voraus die Schaffung eines breiten politischen Blockes dieser Klassen unter der Hegemonie (Führung) des industriellen Proletariats, der in der Lage ist, durch seinen Druck den herrschenden Bürgerblock zu befechtigen und eine Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland zu errichten. Nächste und wichtigste Aufgabe der KPD ist es nun, durch unermüdete Agitation und Propaganda den durch die Krise verunsicherten Volksmassen der sozialistischen Ausweg aus der Krise zu zeigen, ihr Verständnis für die reale Möglichkeit und Durchführbarkeit unserer Forderungen zu wecken, bei Millionen unsere kommunistische Lösung zu popularisieren, und in konkreter sachlich-nützlicher Zusammenarbeit die an das Beständnis, an die Arbeit und Weiden der Massen anzuknüpfen, diese Massen auf der Basis unserer Lösungen zu sammeln, zu organisieren, zusammenzufassen, kurz den linken Arbeiter- und Bauernblock heraufzubilden.

Die Arbeitslosigkeit in Schlessen

Die Auswirkungen der Krise zeigen sich wie immer bei kapitalistischen Krisen in schnell zunehmender Arbeitslosigkeit, in Zusammenbrüchen und Konkursen, die sich förmlich aufeinander folgen. Herr Birnbaum ist in einer biographischen Wahlbelästigung in der „Weltwacht“ von diesem Monat vermerkt, wenn die Kommunisten in Breslau geworden hätten, so läge das eben an den gottlosen Zeitläuften, der Krise und Arbeitslosigkeit. Herr Birnbaum, der wie jedes Kind mehr ein ethnographischer als ein gebildeter Mann ist, empfiehlt wir, daß man bei Gelegenheit im ersten Bande des Marx'schen Kapital über gewisse Zusammenhänge von Kapitalismus, Krise und Arbeitslosigkeit zu informieren. Nicht mit Unrecht sammerte Kola Kureburg über die sozialdemokratischen Redakteure, „zumal die akademisch gebildeten“, die es vorziehen, in parlamentarischen Sitzungssälen das Red der Weltgeschichte zu drehen, als sich auf die Hohen zu setzen und Marxismus zu studieren. In der Tat, wie hat doch Kola Herrn Immanuel Birnbaum herausgeholt!

Wie das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in Schlessen hier in folgenden Zahlen, wobei wir den einjährigen durchschnittlichen Stand der Arbeitslosigkeit in der Statistik der Reichsarbeitsämter berücksichtigen:

In den drei Wochen von Ende Oktober bis 18. November betrug die Zahl der Arbeitslosen:

1. Woche	2. Woche	3. Woche
27 030	29 767	33 027

Deutlich wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch durch die Zahlen, die in der Statistik der Landwirtschaft zahlreiche Arbeiter für die abhöfliche Relation am günstigsten ist in Schlessen die Beschäftigung im Bergbau, denn in der Statistik der Industrie der Metallindustrie dagegen häufen sich die Arbeitslosen an. Auch die Arbeiter der Holzindustrie sind besonders schwer durch die Arbeitslosigkeit betroffen. (Der deutsche Holzarbeiterverband meldet im Reich von seinen Mitgliedern Ende September 4,19 Proz., Ende Oktober 6,50 Proz. als arbeitslos.)

Geht auf die Ursache der immer mehr an sich erhellenden, industriellen Rezession, versuchen die Kapitalisten unter dem leuchtendsten Vorwand der Senkung der Produktionskosten, die Reallohn der Arbeiter noch mehr zu senken. Also mehr ist es Pflicht der Kommunisten, die Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu erhöhen und sie auszubauen. Nur in Rußland ge-

lang und verlangt es den Arbeitern, trotz des Vorhandenseins einer Arbeitslosenarmee (die sich größtenteils aus zugewanderten Bauern rekrutiert), ihre Reallohn zu erhöhen.

Konkurrenz

Die Konkurrenz und Zusammenbrüche haben in Schlessen im Oktober die größte Rekordzahl des Jahres 1925 erreicht. Der November scheint aber diese Zahl noch zu schlagen. Die Statistik zeigt folgende Zahlen:

Oktoberhälfte	Erste Novemberhälfte
Konkurrenz Geschäftsaussichten	Konkurrenz Geschäftsaussichten
580	609
255	408

Auch in Schlessen erfolgten zahlreiche Zusammenbrüche. So erregte vor allem die Zahlungsansetzung der Fa. A. Biel-Lichowitsch in Breslau Aufsehen; die 600 Fischen- und Ohrlauer Straße ein großes Modewarenhaus besitzt. Die Passiven sollen hier die erstaunliche Höhe von 800 000 RM. erreichen.

Das Bankgeschäft Höbel, Weber u. Co. in Breslau hat sich ebenfalls unter Geschäftsaussicht stellen müssen.

Wenn man heute auf die Vormachtstellung der Banken gegenüber Industrie, Handel und Landwirtschaft hinweist, so kommt natürlich nur die deutschen Großbanken dabei in Betracht. Die kleineren Bankfirmen sind dagegen dem Untergang geweiht, denn:

1. bekommen keine ausländischen Kredite,
2. die Sparfähigkeit und Depositionen, auf die sich die kleineren Banken hauptsächlich stützen, nehmen nur sehr allmählich zu,
3. haben die Großbanken alles Interesse, daß die kleineren Banken verschwinden.

Die kleineren Bankfirmen haben hauptsächlich in Geschäftsverbindungen mit kleinen Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Handwerkern usw. gestanden. Wenn der Herzog fällt, muß der Mantel nach, heißt es bei Schiller, d. h. mit dem Bankrott dieser Banken wird sich der Plebs, auch auf ihre Kunden beruhigend, und immer mehr wird das Kleinbürgertum gezwungen werden, Anschluß an das Proletariat zu suchen.

Hohe Dividenden bei G. Rippe Brauerei AG.

Die Brauindustrie ist weniger schwer betroffen von der allgemeinen Krise, wie ja überhaupt die kapitalistischen Krisen am liebsten nicht in der Produktionsmittelindustrie, sondern in der auf den unmittelbaren Konsum eingesetzten Industrien sich leichter den verhängnisvollen Folgen einer Wirtschaftskrise entziehen können. So hat die Rippe Brauerei AG. für das Geschäftsjahr 1924/25 eine Dividende von 10 Proz. aus, ein Dividendenjahr, das, wenn man die heute üblichen Dividenden betrachtet, überaus hoch ist.

Und keine beim Sunbart AG. Breslau

Nachdem erst jüngst in der Bergbauindustrie der Zusammenhang des Bergkonjunkturs eines Varietunternehmens gemeldet wurde, teilt jetzt die Sunbart AG. mit, daß sie ihre Anrechnung verweigert habe, und daß sie das abgelaufene Rechnungsjahr mit einem Verluste von 908 231 abschließen.

Essegen wir, lieber Leser, daß Herr Ralsch aus Nummer über die entgangene Dividende sich nicht seine letzten Haare austauscht.

Auslandsaufträge für H. H. Polmann-Bauchhammer

Für nächster Winter sollen brasilianische und ägyptische Aufträge in Mengen in Mengen, Kolonialwaren, Motoren und Seilen eingegangen sein.

Reformmonat deutsch-österreichischer Steinkohlen-Industrie

Die Steinkohlenförderung der deutsch-österreichischen Reichs wird im Monat Oktober von Woche zu Woche steigende Zahlen auf. Die Monatsförderung betrug im ganzen 1 528 088 Tonnen (im Mai 1925: 866 517 Tonnen).

AG für Rüstungsindustrie in Ostpreußen

Die Gesellschaft kann keine Dividende ausschütten. Man will die Rentabilität durch betriebliche Maßnahmen und Senkung der Produktionskosten heben.

Herr Gustav Stresemann!

Von Karl Adel

In der „Pravda“ vom 27. November bespricht Genosse Karl Adel die Rede Stresemanns im Reichstag in einem Artikel unter der Überschrift „Herr Gustav Stresemann, eine fast unschuldige Jungfrau“. Da heißt es:

Herr Stresemann leugnet, daß Deutschland gegenüber England irgendwelche Verpflichtungen übernommen hätte, die sich gegen die Sowjetunion richten. Herr Stresemann versteht sich auf die Abfassung von Dokumenten. Er dokumentiert das, was niemand je beabsichtigt hat, und wirtelt sich dann in Versäuer. Ihm steht die Waise der unterdrückten Unschuld sehr zu Gesicht. Doch hat niemand je von einem Geheimvertrag gesprochen, der in Warschau zwischen Deutschland und England abgeschlossen worden wäre. Es handelt sich darum, daß England gegen die Sowjetunion eine Politik der Entzweiung betreibt, und daß es in diesem Spiel Deutschland mit Hilfe des Paragraphen 18 der Weimarer Verfassung mit hineinzieht. Herr Stresemann beruft sich darauf, daß Chamberlain im Gespräch mit ihm das Vorhandensein jener angeblichen englischen Denkschrift kategorisch geleugnet hat, und erklärt mit der Miene eines großen Historikers, daß, soweit er die traditionelle Kunst der englischen Diplomatie kenne, die nicht so plump handeln würde, er, Stresemann, Chamberlain glaube.

Wir halten die Aussage nicht für ein Monopolrecht der deutschen Diplomatie. Die Geschichte der englischen Diplomatie kennt sehr viele plumpe Schritte. Die Denkschrift, die in der „Pravda“ veröffentlicht ist, ist gar kein plumper Schritt. Im englischen Archiv ging lange ein Meinungssturm vor sich über die Organisation der englischen Politik. Es kamen zu Worte sowohl die Vertreter der Sicherung der Grenzen Frankreichs, als auch die Vertreter des Vertrages Deutschland-Frankreich-England. In einem bestimmten Stadium wurde ein Kompromißversteht, formulierte im Namen Chamberlains durch Sir Walter Dill. Die Denkschrift kam in die Presse wahrscheinlich infolge dessen, daß in der konservativen Partei noch eine dritte Strömung besteht, die für den Verzicht Englands auf ernstliche Verpflichtungen auf dem Kontinent eintritt. Wo bleibt hier

die Plumpheit? Wir sehen hier ein einfaches Durchschlüpfen durch die Rippen des Mechanismus, die im englischen Außenamt ebenso existieren, wie in jedem anderen.

Doch der Deutsch holt die Denkschrift, von der übrigens im Parlament Herr Chamberlain nicht offen zuzulassen magte, da er glaube, daß für eine derartige Behandlung der Wahrheit nicht das Milieu der parlamentarischen Öffentlichkeit baste, sondern eine Scherzstunde mit Herrn Stresemann notwendig ist, der sich wohl und gerührt auf Chamberlain blickt.

Aber ist denn das, was in der Denkschrift steht, nicht sehr einmal offener in Duhenden von Artikeln der „Morning Post“, der „Daily Telegraph“, schließlich des Pariser „Temps“ gesagt worden? Glaubst denn Herr Stresemann, daß der Imperialismus Großbritanniens eine Einseitigkeit gegen die Sowjetunion haben wird, nur nachdem Herr Chamberlain öffentlich, eine Zahne schreckend, auszusprechen wird: „Ruhe, meine Herrschaften wie befehlen, die Sowjetunion anzuknüpfen!“ Im Uebermaß freudiger Gefühle hat Herr Stresemann die ganze Geschichte der Einseitigkeit Deutschlands durch England vergessen, eine Geschichte, die weder Lord Curzon noch Edward VII. gestört hat, die freundschaftlichen Beziehungen zu halten. Aber wir in der Sowjetunion vergessen die Geschichte nicht und geben Herrn Stresemann den Rat, ihrer eingedenk zu sein.

Aber wozu brauchen wir Geschichte? Herr Stresemann hat ja selbst die Ruhe aus dem Saal herausgelassen. Er sagte: „Ja, wir haben das Recht, Neutralität zu wahren. Sollte jedoch festgelegt werden, daß irgendein Staat der Angreifer ist, so wird es anders werden.“ Falls die Sowjetunion im Konfliktfall mit irgendeinem der zu geliebten Staaten das Soveränetät der Völkervereinigung anerkennen sich weigern wird, so wird es dem letzteren die Möglichkeit geben, die Sowjetunion als angreifende Partei zu erklären, und dann wird es nach der Meinung des Herrn Stresemann anders werden, das heißt, Deutschland wird nicht in der Lage sein, als Mitglied des Weimarer Bundes neutral zu bleiben. Das sagte Herr Stresemann, und das wollen wir uns notieren.

Zum Schluß seiner Rede sagt Herr Stresemann mit einer Ornithologie der Stimmung hinzu: „Wir haben es satt, zu erklären, daß wir mit Rußland in Frieden leben wollen, nun ist die Reihe an den Russen zu erklären, daß Rußland ebenfalls mit Europa in Frieden leben will.“ Es genügt Herrn Stresemann ganz

und gar nicht, die Miene eines sich langweilenden großen Herrn aufzuzeigen, und es kann Herrn Stresemann schlecht bekommen, in Rußland „Europas“ Anfragen an die Sowjetregierung zu richten. Erstens hat Herr Stresemann nur mit Ach und Krach den Weg in den Hintern... sagen wir aus Höflichkeit, Winkel des letzten Europas gefunden, und es ist noch ungewiß, wofür er von da gerufen wird. Zweitens hat Herr Stresemann, der sich von der Rolle des Vorkämpfers Europas hat hinreißend lassen, vergehen, daß er in seinen Reden, die Regierung der Sowjetunion zu überreden, stets bewilligen wollte, daß Deutschland im Weltbündnis auch die Interessen der Sowjetunion zu schützen bereit sein wird. Wir waren nicht sehr geneigt, den Schutz der Interessen der Sowjetunion dem Herrn Stresemann anzuvertrauen, aber wir glauben nicht, daß Herr Stresemann noch vor dem Eintritt in den Weimarer Bund anfangen wird, im Namen Europas gegen die Sowjetunion aufzutreten. Wir wollen sogar sagen, — die Wahrheit ist nicht verpflichtet, diplomatisch zu reden, — daß wir es für eine große Unbehilfenheit halten, der Sowjetunion, der unermüdeten Vorkämpferin des Friedens, Diskussionen über Friedenspolitik zu erteilen, sondern eines Vertreters der Republik, an deren Spitze Feldmarschall Hindenburg steht, seitens eines Vertreters der Regierung, an deren Spitze Herr Gustav Stresemann steht, einer der imperialistischen Hauptgaleonen des Vorkampfs-Deutschland.

Herr Stresemann suchte während der ganzen Locarno-Konferenz das Vertrauen der Sowjetregierung zu gewinnen, um sich die Durchführung des Locarno-Paktes zu erleichtern. Dieses Vertrauen hat er nicht gewonnen. Und ist nur zu gut in Erinnerung die Treue und Loyalität des deutschen Hauptquartiers, das nach Abschluß des Breiter Friedens sich mit dem Gewählten nicht bequill hat und den Weimarer Bund auf die Sowjetrepubliken vorbrachte. Der Leiter dieses Hauptquartiers ist jetzt das Haupt der deutschen Republik. Was ist nur zu sehr in Erinnerung, wie Herr Stresemann, der jetzige Vorkämpfer des Friedens und Europas, die Presse auszubereiten verweigerte. Wir waren der Meinung, daß die Erinnerung an diese Vorfälle Herrn Stresemann zwingen wird, etwas vorsichtiger aufzutreten. Aber schließlich hat Herr Stresemann unser Schweigen über diese Vorfälle der alten deutschen Presse aufgeschaltet als einen Beweis für unser hohes Gehör. Wir können das Gedächtnis der russischen und deutschen Volkstrassen auffrischen mit der guten deutschen Parole: „Trau, Schau, Wen!“

Wittcherin in Paris

Die englisch-französischen Verhandlungen und Locarno

(Eig. Draht.) Berlin, 1. Dezember.

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt die Presse der Bourgeoisie die Besprechungen, die Genosse Wittcherin in Paris hat. Diese sind ein weiterer Beweis für den unbedingten Friedenswillen der Sowjetrussischen Außenpolitik. Die Sowjetregierung tut alles, was in ihrer Kraft liegt, um zu jedem auswärtigen Staat in ein friedliches Verhältnis zu gelangen und die Handelsbeziehungen mit ihm zu fördern. Nichts ist sinnloser als die sozialdemokratischen Anschuldigungen, daß die Sowjetregierung geheime Kriegspläne im Schilde führt. Genau so wie Genosse Wittcherin in Warschau und in Berlin seinen Friedenswillen bekundete, wirkt er auch in Paris. Die französische Bourgeoisie hat das begreifliche allgemein kapitalistische Mißtrauen gegen die Sowjetrepublik. Aber die französischen Machthaber haben nicht die aus ganz besonderen Gründen stammende scharf ausgeprägte Feindschaft wie die englische Bourgeoisie.

Die Besprechungen, die Genosse Wittcherin mit Briand hatte, bezogen sich auf alle Fragen der europäischen Außenpolitik. Dazu kommt die alte französische Forderung auf Anerkennung der Forderungen durch die Sowjetmacht. Selbstverständlich bleibt die Sowjetmacht unerschütterlich bei dem Grundsatz, daß von den durch die russische Revolution sozialisierten Völkern nichts zurückgegeben wird. Ein russisches Seitenstück zu den famosen Fürstenabfindungen der deutschen Republik wird es niemals geben. Die französische Regierung kann ein Kompromiß mit der Sowjetmacht in den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nur dann erzielen, wenn über diese Voraussetzungen völlige Klarheit herrscht. Zu einer Verständigung, welche die Grundzüge der russischen Revolution nicht antastet, ist freilich die Sowjetmacht bereit. Man wird abwarten müssen, wie weit dieser Verständigungswille auch auf französischer Seite vorhanden ist. Sowjetrußland ist heute so stark, daß es in Ruhe warten kann.

Nicht nur die englische Bourgeoisie wird durch die russisch-französischen Verhandlungen nervös. Auch Luther und Stresemann dürften sich dabei einiges denken. Wenn die deutsche Regierung bereit ist, als Verbündete Englands für kommende Auseinandersetzungen mit Rußland zu dienen, so ist Sowjetrußland nicht genötigt, der Lutherregierung nachzulaufen. Niemand wird es Rußland übelnehmen können, wenn es dann seine Interessen lieber im Einvernehmen mit Polen und Frankreich

wahrt. Unmäßiglich wird auch den feurigsten Anhängern der deutschen Locarnopolitik die Dummheit des deutschen England-Rurses klar werden.

Schlesische Rundschau

Waldburg. (Unglücksfall.) Dem Rittmeister Paul Rödermann der 1. Wagners in Opatowitz. Dabei ging das Pferd durch und der auf dem Rücken liegende Rittmeister an der Kurve des Barenberges so unglücklich herabgeschleudert, daß er mit einer tödlichen Schädelverletzung in den Tod überging.

Neurode. (Verhütung.) Der Bergmann Franz Köhler aus Kolonie Roschen wurde durch hereinbrechendes Gestein verhängnisvoll verletzt. Nach vierstündiger Arbeit konnte man nur noch die Leiche des Unglücklichen bergen. Das Betriebsleitertum läßt den Arbeitern keine Zeit zu ordnungsgemäßen Sicherheitsmaßnahmen, trotz „Beratung“.

Quetsch. (Wer kennt die Großstadt?) In einer bürgerlichen Zeitung lesen wir folgendes: „Nachstehendes Telegramm ist an den Reichspräsidenten abgedruckt worden. Wir bitten inständigst, den Locarno-Vertrag, der doch nichts anderes als eine freiwillige Anerkennung von Versailles bedeutet, nicht zu genehmigen, sondern Volkseinstimmlich abzulehnen. In banger Sorge: Die Delegationen von Michelsdorf und Quetsch (Kreis Schweidnitz).“ — „Armer Hindenburg! Der „Ketter“ hat also freiwillig Versailles anerkannt, hat seine Wähler zu unständigen Bittknien gezwungen, in banger Sorge gestürzt und dann doch unterzeichnet. Deutschland (einschließlich Michelsdorf und Quetsch) versinken in Schmach!“

Kolmitz. Dazu reicht die Halle'sche Verwaltung für die Anschaffung von Olofen für die Pfarrikirche einen Betrag von 1000 Mark als erste Rate gestiftet. Der Arbeiter etwas mehr Lohn zu geben, dazu ist das Geschäft zu „unrentabel“. Der Kirche aber wird gegeben, denn sie hilft ja dem Kapitalismus bei der Ausbeutung der Arbeiter. „Eine Hand wäscht die andere“ sagt man wohl.

Breslau. Die Sparrasse „Schenk“. Die Breslauer Sparrasse „Schenk“ jeden neugeborenen Kind seit 1. Dezember drei Mark. Diese werden „gelohnt“, wenn noch eine dazugehört wird. Die „Schenk“ drei Mark werden aber erst nach 14 Jahren dem „reife“ Kind ausgezahlt. Der Zweck ist, die „an Schenk zum Sparrasse anzuhalten“. Vielleicht wäre es nützlich gewesen, wenn die Sparrasse dazugeschrieben, wie ein Lohnempfänger bei den Löhnen haben soll.

Kolatermin in Bischofswalde. In der Mordtate Kolen fand Montag ein Kolatermin statt. Der verhaftete Gend wurde hingerichtet. Man befürchtete, probiere die Schallkugel bei Schütz — ohne daß etwas Greifbares herauskam.

Wichtige Neuerscheinungen

Arbeiterbewegung und Revolution in China

Führer-Verlag, Berlin N.W. 6, Chailstraße 7, 160 Seiten. Preis 1,50 Mark. Organisationsausgabe (zu beziehen durch die Buchhandlungen der Ufa und die Parteilokalposten) 0,70 Mark. Außerordentlich interessantes und lehrreiches Material über die Fragen der Arbeiterbewegung und Revolution in China enthält die beiden unter diesem Titel erschienenen Broschüren des Führer-Verlages.

Anhalt einer Besprechung geben wir hier einen Auszug aus dem Inhalt der Broschüre wieder:

Karl Rabel: Fragen der chinesischen Revolution. Der Beginn der chinesischen Revolution. — Die chinesische Bourgeoisie und die Revolution. — Die Verbündeten des chines. Proletariats. — Der Imperialismus und China. — Das Proletariat. — Der Imperialismus und China. — Klassen und Perspektiven der chinesischen Revolution. — Die chinesische Revolution und das internationale Proletariat.

Leo Saller: Nationale Bewegung und Arbeiterklasse.

S. M.: Die Arbeiterbewegung in China.

M. Gallowitsch: Die neueste Phase des nationalen Befreiungskampfes. Das Wachsen der Arbeiterbewegung. — Der Ausbruch des Streiks in Shanghai. — Die Position der belagerten Regierung. — Die Ereignisse in Kanton. — Die Militäristen gegen die Arbeiter.

Die Arbeitsgesetzgebung in China.

S. Mandalan: Das internationale Proletariat und die Ereignisse in China. Wer unterstützt die chinesischen Arbeiter? — Die II. und die Amerikaner Internationale über China. — Einerseits und andererseits. — Die Reformisten für weitere Kolonisierung Chinas. — Amerikanische Reize für China. — Die Linien über China.

S. M. S.: Chinesische Arbeitskräfte auf dem Weltmarkt. Die Besonderheiten des chinesischen Arbeiters. — Der Kampf um den Arbeitsmarkt und die „Rassenfeindschaft“. — Der Kampf gegen die „gelbe Gefahr“. — Chinesen zugängliche Arbeitsmärkte. — Die Reformisten und die „gelbe Gefahr“.

Sen Katayama: China und Japan.

Unsere heutige Ausgabe ist der „Rote Stern“ Nr. 20 beigelegt.

Verantwortlich für den gesamten Text: Kurt Erbe, Breslau für die Anstalt: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlags-Gesellschaft, O. m. b. H., Breslau. — Druck: Teubner-Verlag, Druckereifabrik Breslau.

Schauspielhaus

Operettenbühne

Telephon Stephan 37 460

Täglich 8 Uhr

Gastspiel Elli Leux

Audrea Walter Jankuhn

In neuer Ausstattung

Der Orlow

Stadt-Theater

Telephon Ring 1254 u. 6815

Spielplan vom 29. Nov. bis 6. Dez.

Sonntag, den 29. Nov., vorm. 11 Uhr

4. (musikalische) Morgenfeier

Veranstaltung Die galante Stunde

Hierauf: Veranschaulichung Der Lärmen

Sonntag, den 29. November, abds. 7 Uhr

Jadiga und die vierzig Räuber

Montag, den 30. November, abds. 7 Uhr

Jenufa

Dienstag, den 1. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr

Les petits ricans hierauf: Gänselein Gretel

Mittwoch, den 2. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr

Uudine

Donnerstag, den 3. Dezember, abds. 8 Uhr

Die galante Stunde hierauf: Der Dämon

Freitag, den 4. Dezember, abds. 8 Uhr

Geschlossene Veranstaltung

(Freitagabend anlässlich des Reichsparteitages der D. D. P.)

Sonabend, den 5. Dezbr., abds. 7 1/2 Uhr

7. Vorstellung im Abonnement

Jadiga und die vierzig Räuber

Sonntag, den 6. Dezbr., nachm. 3 Uhr

Geschlossene Veranstaltung

Rundgebung: Der deutsche Stren

Sonntag, den 6. Dezember, abds. 7 Uhr

Tauschhäuser

Montag, den 30. November bis Montag, den 7. Dezember

Lobtheater

Montag, 30. Novbr. und

Dienstag, 1. Dezbr., 8 Uhr

Mittwoch, den 2. Dezbr.

nachm. 3 1/2 Uhr

Mittwoch, 2. Donnerstag,

den 3. u. Freitag, 4. Dez.

abends 8 Uhr

Sonabend, 5. Dezember

abends 8 Uhr

Sonntag, den 6. Dezember

nachm. 3 1/2 Uhr

Sonntag, 6. und Montag,

den 7. Dezember, 8 Uhr

„Cyrano von Bergerac“

„Geschwister“

„Apostel“

„Cyrano von Bergerac“

Premiere / Ausführender Abend

„Ruhfen der Seele“

„Die Spieler“

und „Heiratsantrag“

„Rabale und Liebe“

Ausführender Abend

„Ruhfen der Seele“

„Die Spieler“

„Heiratsantrag“

„Scampolo“

„Rabale und Liebe“

„Scampolo“

„Der Kreidekreis“

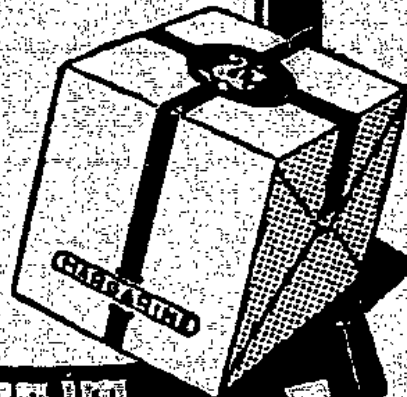
„Der Kreidekreis“



Haut gilt jeder Pfennig

den man erspart. Wer Feinkostmargarine „Schwan im Blaubeer“ verwendet, spart manche Mark.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.



Schwan im Blaubeer

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blaubeer-Margarine“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blaubeer-Woche“ kostenlos zu verlangen.

Ämtliche Bekanntmachung von Breslau

Im Monat Dezember 1925 sind an die

Städtischen Steuerstellen zu entrichten:

1. Bis zum 10. Dezember

Schulgeld für den Monat Dezember (nur Barzahlungen) unter Vorlegung des Schulgelddescheines für 1925. (Bei der Frist bis zum 10. November ist die einwöchige Schonfrist eingerechnet.)

2. Bis zum 15. Dezember

a) Staatliche Grundvermögenssteuer in bisheriger Höhe

b) Gemeindefuhrlohn (200 v. H.) zur staatlichen Grundvermögenssteuer

c) Hauszinssteuer mit 700 v. H. der staatlichen Grundvermögenssteuer

d) Kanal- und Müllabfuhrgebühren in Höhe des Veranlagungsbetrages

e) Getränkesteuer für den Monat November.

Breslau, den 1. Dezember 1925.

Städtische Steuerhalle.

Achtung! Bällig! Bällig!

Aluminium-Schmortöpfe

Sorte I mit Deckel, feinst. Ausführung 1/12-

schwere Ware, 12/22 cm, 6 Töpfe N. 12-

Sorte II mit Deckel, schwere 1/12-

12/20 cm, 8 Töpfe N. 25-

sofort lieferbar gegen Voreinsendung des

Betrages oder Nachnahme. Bei Vorein-

sendung wird Lieferung beschleunigt. Ver-

packung und Porto extra.

Import-Export-Haus, Oppau

bei Ludwigshafen a. Rhein.

Puppenwagen

Kinderwagen 5881

Teilschaltung

gestaltet

Planen ausführen.

Planen überlegen.

Reparaturen schnell und

preiswert, alle Gr. Ben Räder,

auch für Puppenwagen.

Sämtliche Ersatzteile

Mücke, Weidenstraße 2.

PEUVAG

Papier- Erzeugungs-

und Verwertungs-

Aktien-Gesellschaft

Berlin

Filiale Breslau

Trebnitzer Str. 50

Abteilung:

Buchdruckerei

Wie stellen her

bei billiger Berechnung

Programme

Eintrittskarten

Briefbogen

Plakate

Rechnungen

Flugblätter

fürg alle Druckfachen

für

Private, Vereine

und Behörden



Franz Funkelmann, der Schuhmacher.

Aber, aber, aber Fräuleinchen, wie können Sie

nur mit solchen Schuhen in der Weltgeschichte her-

umlaufen! Erstens bekommen Sie damit niemals

einen Mann, und wenn schon, dann hält er Ihnen

am Hochzeitsabende lange Vorträge über andere

Damen, die immer so adrettes Schuhwerk tragen

und über die Vorzüge der Schuhcreme „Bado“. Und

Sie möchten doch lieber liebe Worte und einige

Bemerkungen über die zu großen Füße Ihrer so-

genannten besten Freundin hören. Darum lassen

Sie sich heute von mir sagen, was Ihnen sonst Ihr

Zukunftiger zu sehr ungelegener Zeit sagen würde.

„Bado“ ist die herrlichste Schuhcreme, die ich kenne.

Mit wenigen Bürstenstrichen und Nachpolieren mit

dem wollenen Lappen gibt sie einem bei trockenem

Wetter dauerhaften, strahlenden Hochglanz, der

mehrere Tage lang immer wieder aufgetragen wer-

den kann, außerdem macht sie aber die Schuhe

weich und geschmeidig, wie feinstes Wildleder.

Bei nassem Wetter läßt „Bado“ nicht ab. Kleider,

Teppiche und Stuhlbeine bleiben sauber. Verlangen

Sie überall ausdrücklich „Bado“, es ist in allen

guten Geschäften vorrätig.

Bürowerk, chem. Fabrik, Schwennungen 11.

Gesamt-Einst. Schürhüchen ohne Schleifen zu binden Paar 20 Pfennig sowie alle Sorten von Accorriemen liefert Will Lange Breslau, Friedr.-Wilh.-Str. 17 1/2 Händler u. Wiederverkäufer verlangen Sond.-Off.

Kolonialwaren, Delikatessen Südfrüchte Emil Scheunert vormals Max Klotz Schwankefstrasse Nr. 15

Am Sonntag Presswerbung

Auswertung der Wahlergebnisse

In Breslau ist die einzige Partei, die keine Verluste aufweist, die kommunistische, sie hat sogar über 1500 Stimmen gewonnen.

(Schlesische Zeitung.)

Die kommunistische Partei marschiert. Sie hat nicht nur trotz zurückgegangener Wahlbeteiligung die Stimmen vom Dezember 1924 überholt, sondern sogar in einer Reihe von Bezirken — beispielsweise im Ost — mehr Stimmen als im Mai 1924 erzielt. Auch im Westen sind verschiedentlich relativ gute Resultate erzielt worden. Wir haben gestern die Einzelergebnisse aus 364 Wahlbezirken veröffentlicht, um den Genossen eine Grundlage für systematische Verarbeitung zu geben. Die Betrachtung der Einzelergebnisse ist höchst interessant.

Im Durchschnitt ist die SPD neun- bis zehnmal so stark wie wir. Doch haben wir in den stärksten Arbeiterbezirken bereits Bezirke, in denen wir zur SPD, wie 1 zu 4 oder 1 zu 5 stehen. Zum Beispiel:

- Bezirk 157 SPD 344, KPD 109.
- Bezirk 162 SPD 247, KPD 72.
- Bezirk 163 SPD 329, KPD 66.
- Bezirk 349 SPD 451, KPD 101.

Andere Bezirke weisen die Einzelergebnisse Bezirke auf, in denen unser Stärkeverhältnis zur SPD tief unter dem Durchschnitt liegt.

- Bezirk 257 SPD 161, KPD 10.
- Bezirk 258 SPD 179, KPD 10.

Diese verschiedenen im Kräfteverhältnis zur SPD ist kein Zufall, sondern sie hat ihre Ursachen darin, daß in den Bezirken 157, 162, 163 und 349 für Partei und Presse verhältnismäßig gut gearbeitet wurde, während die Bezirke 257 und 258 organisatorisches Brachland sind. Vergleichbar mit nun die Wahlergebnisse mit dem Abkommenstand, so müssen wir feststellen, daß das Verhältnis zwischen Wählerzahl und Abkommenstand bei weitem besser ist, als den bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD. Immerhin aber lassen sich bei geringer Mühe noch Hunderte kommunistische Wähler für die SPK gewinnen. Darüber hinaus muß unser Ziel sein, die Zahl der 9500 in den nächsten Monaten zu verdoppeln und verdreifachen. Denn die kommunistische Partei kann ihre Ziele nur als Massenpartei erreichen.

Deshalb, frisch auf zur Werbewoche!

Sehen wir an die Stelle der individuellen Arbeit einzelner Genossen die systematische Kollektivarbeit aller Parteimitglieder und Sympathisierenden, dann muß unsere Arbeit von Erfolg gekrönt sein. Schmiedet das Eisen solange es heiß ist. Schmiedet es durch unermüdete Arbeit für die kommunistische Presse zur scharfen Waffe für die proletarische Revolution.

Wahlergebnisse im Kreis Breslau

Provinzialtagswahlen Wettlern.

Sozialdemokraten 237, Deutschnationale 48, Zentrum 34, Deutsche Volkspartei 17, Demokraten 6, Kommunisten 8, Wirtschaftspartei 2, Bauernpartei 23, Deutschsozialistische Partei 9, Deutschvölkische Freiheitspartei 1.

Kreis tagswahlen.

Sozialdemokraten 236, Zentrum 40, Zentrumspartei Rowal 11, Kommunisten 11, Bauernpartei 27, Deutschsoziale 20, Bürgerlicher Wahlvorschlag 9, Kommunale Wirtschaftliche 1, Vereinigte Rechte 29.

Provinzialtagswahlen Hartlieb.

Sozialdemokraten 157, Deutschnationale 99, Zentrum 17, Deutsche Volkspartei 19, Demokraten 4, Kommunisten 48, Wirtschaftspartei 2, Bauernpartei 2, Deutschsozialistische 4, Deutschvölkische 1, Wirtschaftliche Notgemeinschaft 3.

Kreis tagswahlen.

Sozialdemokraten 459, Zentrum 24, Zentrumspartei Rowal 7, Kommunisten 50, Bauernpartei 11, Deutschsoziale (Nümpelung) 9, Bürgerlicher Wahlvorschlag 2, Kommunale Wirtschaftliche 5, Vereinigte Rechte 90.

Provinzialtagswahlen Altdendorf.

Sozialdemokraten 696, Deutschnationale 333, Zentrum 77, Deutsche Volkspartei 133, Demokraten 22, Kommunisten 28, Wirtschaftspartei 2, Bauernpartei 1, Deutschsoziale 88, Deutschvölkische Freiheitspartei 8, Wirtschaftliche Notgem. 4.

Bürgerliche Mehrheit im Kreis Breslau

Das Endergebnis der Kreis tagswahl im Landkreis Breslau ist folgendes: Kommunistische Partei 1438, Sozialdemokratische Partei 17712, Zentrum 6073, Zentrumspartei Rowal 1383, Bauernpartei 2194, Deutschsozialistische Partei 1559, Bürgerlicher Wahlvorschlag 912, Kommunale Wirtschaftliche (unpolitisch) 768, Vereinigte Rechte 10322. Der Kreis tag wird sich danach voraussichtlich wie folgt zusammensetzen: Sozialdemokraten 13, Kommunisten 1, Vereinigte Rechte 7, Zentrum 5, Bauernpartei (Demokraten) 2, Bürgerlicher Wahlvorschlag 1, Deutschsozialistische 1. Der neue Kreis tag zählt 30 Mitglieder, während der bisherige nur 28 hatte.

Böhmisches Arbeitertheater

Die äußerst reichhaltige Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung enthielt auch eine Reihe von Fragen, die für das Proletariat Breslaus von größtem Interesse waren. Stand doch ein Antrag der Genossin Kupke und der übrigen kommunistischen Stadtverordneten auf der Tagesordnung, der eine Behörde für die Erwerbslosen forderte, beziehungsweise aber „zurückgestellt“ wurde. Die übrigen Punkte betrafen Magistratsvorlagen und — völkische „Anfragen“.

Zur Feier des ersten Punktes, der Einführung des Stadtverordneten Gohlisch als Stadtrat und eines Herrn Schädter (deutschl.) als Stadtverordneten, waren die Mehrzahl der Stadtväter mit feierlichen Mienen in „Amtsstraßen“ „goldener Kette“ erschienen. Bei der Verpflichung kam dem Oberbürgermeister einmal ein lichter Augenblick, als er die täglich steigende Wirtschaftskrise kreifte.

Im Anschluß an diesen „feierlichen Akt“ machte man richtige Politik. Man wählte nämlich Saueremann (Volksp.) mit 38 Stimmen von 65 zum Vorsteher-Stellvertreter. Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten nicht mit.

Für den Geist der Stadtverordnetenmehrheit charakteristisch war die Behandlung von Magistrats- und Ausschussvorlagen.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wurden für Büroräume bis zu 19 März (!) Kaufpreise pro Quadratmeter bewilligt, und das, trotzdem selbst die Bürgerlichen im Ausschuß solche Preise „abgelehnt“ hatten. Es geht nichts über einen solchen Unfall. Genosse Ummann wandte sich als Vertreter der kommunistischen Fraktion ganz energisch gegen solche Käufe, da dadurch nicht nur der Wohnungswunder begünstigt, sondern sogar in einem Falle Wohnungsräume belegt werden, und die schon katastrophale Wohnungsnote noch gesteigert wird.

Aber man hat ein „gutes Herz“ und eine steigende Angst vor den Massen. Deshalb bewilligte man nachher 350 000 Mark für die Erwerbslosen. Für ungefähr 25 000 Arbeitslose 350 000 Mark, eine ungeheuer geringe Summe. Genosse Ummann spricht für die von den Erwerbslosen aufgestellten Lohnforderungen für Notstandsarbeiter. 66 Pfennig und 10 Prozent Teuerungszuschlag sind wirklich nicht zu viel. Der Magistratsvertreter erklärt jedoch die Stadtverordnetenversammlung für diese Forderung als nicht „zuständig“.

Ein tolles Stückchen hat sich der Magistrat mit einem Schreiben über die beabsichtigte Umreihung einiger Beamten in niedere Gehaltsklassen geleistet. Genosse Ummann hält dem Magistrat vor, daß der Magistrat diese Umreihung vor allem deswegen vornehmen wolle, weil diese Beamten, wie z. B.

Die Vorbereitung für den Großwerbetag

Zur Vorbereitung der Werbewochenarbeit finden am Freitag in allen Bezirken Mitglieder- und Abonnementversammlungen statt.

Tagesordnung:

1. Umstellung der Kolportage.
2. Vorbereitung und Einteilung der Werbewochenarbeit.
3. Akquisition.

In diesen Versammlungen sprechen:

Im Bezirk Zentrum: Genosse Adelt, Referent, Genosse de Marco, Akquisiteur.

Im Bezirk Nord: Genosse Paul, Referent, Genosse Schulz, Akquisiteur.

Im Bezirk Nordost: Genosse Dombrowski, Referent, Genosse Belle, Akquisiteur.

Im Bezirk Ost: Genosse Schönbek, Referent, Genosse Schild, Akquisiteur.

Im Bezirk West: Genosse Biewald, Referent, Genosse Kössner, Akquisiteur.

Im Bezirk Süd: Genosse Müller, Referent, Genosse Erbe, Akquisiteur.

der Direktor der Elektrizitätswerke. Männer der Praxis ohne „akademische“ Vorbildung sind. Die Magistratsvertretung kann zu dieser Richtung nichts jaen.

Dann kommt der „Glanzpunkt“ des Abends. Speer (Vp.) begründet unter lautem Lachen, in das jetzt seine deutschnationalen Brüder einstimmen, seine Anfrage über Aufwertung der Sparguthaben. Man hatten auch die anderen Parteien ihr gutes Herz entbeut und selbst die Stadtverordneten Busch (deutschl.) redet anders. Schlimme Wahl demagogie. Ein großes Schlächterwerk auch die Behälter der Mittelungen des Stadireordneten Paul (Ztr.) nach denen man in der Sparta-Klasse schon besondere Leute anstellen muß, um die alten, fetteren Sparer hinauswerfen (!) zu lassen, die ungenutzte Sparer auszuführen. Und nachdem man vorher 1000 Mark für Büros verschleudert hat, bewilligt man 200 000 Mark für 370 000 (!) entwertete Sparta-Sparguthaben. Eine lächerliche Summe.

Vorstellung der „Proletarischen Bühne“ für die Erwerbslosen

Die in der „Proletarischen Bühne“ organisierten Berufslosen haben sich bereit erklärt, am Freitag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Vokal „Oberbahnen“, Gartenstraße 65, für die Erwerbslosen eine kostenlose Vorstellung zu geben. Zu begrüßen ist das Entgegenkommen des Direktors Kroker, der kein Geld für diesen Zweck kostenlos zur Verfügung stellt, ebenso er lichte in dankenswerter Weise die Hauskapelle sich zur unentgeltlichen Mitwirkung bereit. — Die „Proletarische Bühne“ beweist mit ihren Vorstellungen nicht nur, daß sie willens ist, der Arbeiterhaft erschlaffte Vorstellungen zu geben, sondern daß sie sich streng mit ihr solidarisieren. Besonders freut es uns, daß die „Proletarische Bühne“ gerade die Erwerbslosen berücksichtigt hat. Zutritt zu dieser Vorstellung haben alle Erwerbslosen, die sich im Besitz der Karte befinden, bevorzugt werden alle die, die die Wehnert-Veranstaltung am 20. November besuchten. Die damals gelöste Eintrittskarte gilt als Ausweis. Ausgabe der Eintrittskarte für letztere am Donnerstag, in der Zeit von 10-11 Uhr im Büro der SPK, Ortsgruppe Breslau, Rosenstraße 19/21, I. Die Nichtinhaber von Eintrittskarten der Wehnert-Vorstellung werden sich beim Erwerbslosenrat, Büro Sternschanze, ab 10 Uhr vormittags.

Die „Proletarische Bühne“ erklärt sich bereit, den von Geschäftsleuten für die Erwerbslosen gelegentlich der Veranstaltung zugesandte Spenden an die Erwerbslosen weiterzugeben. Angebote sind zu richten an die Geschäftsstelle der „Proletarischen Bühne“, Gartenstraße 65, Hinterhaus I, (Tel. 32 368).

Ein „sehr nobles Geschenk“ für Hundertjährige.

Der preussische Ministerpräsident hat in Aussicht genommen, preussischen Staatsangehörigen aus Anlaß der Vollendung des hundertsten Lebensjahres eine in der staatlichen Porzellanmanufaktur hergestellte Tasse als Geschenk der preussischen Staatsregierung zu überweisen.

Es werden wohl sehr wenige sein, welche in den Genuss der „den Spende“ kommen. Jedoch werden sich diejenigen, welche dem preussischen Staat 100 Jahre lang die Steuern bezahlt haben, für dieses „große Geschenk“ bedanken.

Bohnert-Zelo. In dem Kammerkonzert, das das Vokaltrio im Rahmen der Breslauer Volksbühne am Donnerstag den 3. Dezember im Musiksaal der Unterstadt gibt, gelang das Trio c-moll von Beethoven, eine Rhapsodie von Chopin und das Trio h-dur von Brahms zur Ausführung.

Eintrittskarten zu diesem Konzert erhalten Mitglieder der Volksbühne zum Eintrittspreis von 1 Mark in Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, Nichtmitglieder zum Preis von 4, 3 und 2 Mark auch bei Kattauer und an der Kassette.

Arbeiterbot

Breslau. Abteilungsleiterin Germaina ist die neuangestellte 2. Ringermannschaft wurde in einem Nachhaken in lieben Klassen, nach spannenden Kämpfen den Sportklub „Genos“ Breslau, den Sieg davontragen. Am Mittwoch abends 8 1/2 Uhr in der Turnhalle Veranstaltung; die Monatsversammlung findet am 4. Dezember, 8 1/2 Uhr im Vereinsheim, Hochstraße 7 statt.

Stegnit. Sportklub „Eiche“ schlug in einem kessanten Mannschaftskampf im Ringen mit 8:4 den Rivalen „Vereinigte Kraftsportler“, Waldenburg.

Kattlau. Fußball. Am vergangenen Sonntag fand sich der Sportverein Kattlau und der Sportverein „Eiche“ wieder zu einem Fußballwettkampf gegenüber. Nach stürmischen Spiel endete das Spiel für Kattlau, der der rechte Flügel Richard Wolad vorbot, der Meisterhaft verstand, seine Gegner zu durchdringen.

Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachklub Breslau. Meistern sind zu richten an: Raimund Wierschky, Breslau, Ohlauer Straße 16/17.

Partie Nr. 6. Unregelmäßig.

Wettkampfpattie, gespielt am 8. März 1925.

Weiß: B. Schaffack	Schwarz: Fr. W.
1. d2-d4	d7-d8
2. e2-e4	e7-e5
3. Sf1-d3	Sb8-c6
4. Sg1-f3	Lc8-d7
5. c2-c3	Sg8-e7
6. b2-b4	Se7-g6
7. h2-h4	Lh7-h5
8. b4-b5	Sf6-h5
9. e4-e5	Sg6-e7
10. Sf3-g5	d8-e7
11. d4-e5	f7-f6
12. De1-c2	f6-f5
13. Dc2-b3	Th8-h6
14. Ld3-c4	Dd8-c8
15. 0-0	c7-c6
16. Tf1-d1	Se7-d6
17. Lc4-e2	g7-g6
18. c3-c4	Sd5-c7
19. a2-a4	Th6-h7
20. Lc1-e3	Lf8-e7
21. Sh1-c3	Ke8-f8
22. Td1-d2	Kf8-g7
23. Ta1-d1	Th8-d8
24. b5-b6	

Schwarz wollte sich durch 9. Luft verschaffen, was der 2. Zug verhindert. Eine hilflose Stellung. Schwarz gab auf.

Anmerkungen.

- 1) Durch das Vorziehen des h-Bauern soll das gezielte Spiel vollkommen unabweislich gemacht werden.
- 2) Schwarz eremnt die Gefahr und findet wohl die plausibelste, aber nicht die beste Antwort, die in 2.7. Bestanden ist.
- 3) Zwingt auch den anderen Springer zum Rückzug.
- 4) D-5 ist mit sofortiger Vernichtung.
- 5) Die drohende Springerstellung ist natürlich Schwarz ein Dorn im Auge und er läßt dem Gegner Qualitätsgewinn durch 9-13.
- 6) Statt 9 als 9-13.
- 7) Erzwungen, da auf f-g matt in drei Zügen erfolgt.
- 8) Strukturaler Zug nach dem anderen. D5 soll bei c4 zurückziehen werden. Aufse dem stellt der Text eine tiefe Falle dar: denn, viel Schwarz 17. c. 55, so ist 2. 55 e. 55 9. 55 d. 57.

Spielabende des Arbeiter-Schachvereins: Abteilung Nordost: Zur Schultheißwelle, Klosterstraße 44, jeden Mittwoch 8 Uhr.

Abteilung West: Bräuer, Pöbelwitzer, 36, jed. Freitag 8 Uhr.

Abteilung Südwest: Zur Weiberschanze, Deutscherstraße 34/35, jeden Freitag 8 Uhr.

Abteilung Südwest: Staatliche Augustaschule, Schwerinstraße, jeden Dienstag von 7-10 Uhr.

Deutscher Arbeiter-Schachbund, Bundesvorsitzender Alfred Glaser, Chemnitz, Bülowstraße.

Parteiveranstaltungen

Breslau:

Bez. Nord. Freitag, 7 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. West. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Nordost. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Südwest. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Süd. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Ost. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Südwest. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Süd. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Ost. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Südwest. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Süd. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Ost. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Südwest. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Süd. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Ost. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Südwest. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Süd. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

Bez. Ost. Freitag, 8 Uhr, Versammlung bei Lieberich.

